

Borniert im Westen

Phänomene des Irrationalismus: Über ultraiberale Neoliberalismuskritik und eine erhoffte Rückkehr des Staates

Von Stefano G. Azzarà

Aly Song/REUTERS

Das Andere kommt und lehrt den Westen das Fürchten (Desinfektionsmaßnahmen in China, April 2020)

Ein außergewöhnliches und unvorhergesehenes Ereignis, die Pandemie, hat plötzlich die Normalität der kapitalistischen Ordnung in Frage gestellt und jede Form ihrer immanenten Religiosität, von der Walter Benjamin bereits vor genau einem Jahrhundert gesprochen hatte, in ihren Grundfesten erschüttert. Diesen regelrecht fundamentalistischen Kult haben Autoren wie Fredric Jameson und Mark Fisher in jüngerer Zeit in einem traurigen Slogan zusammengefasst: »Es ist leichter, sich das Ende der Welt vorzustellen als das Ende des Kapitalismus«. Plötzlich und zumindest für einen Moment schien im beunruhigenden Anblick stillgelegter Fabriken und leergefegter Metropolen sowie in der Dringlichkeit, Organisation und Sinn des gesellschaftlichen Zusammenlebens zu überdenken, der unkritische Glaube an die unerschütterliche Ewigkeit und Unverwundbarkeit der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer Funktionsgesetze zu versagen.

Es wäre also sehr nützlich gewesen, wenn sich der Westen unter diesem Umstand, der auch eine beispiellose Herausforderung für die spezifische Form der Rationalität in der neoliberalen Welt darstellt, mit seiner ihm eigenen impliziten Theologie auseinandergesetzt und sich endlich seinem anderen gestellt hätte. Nämlich Modellen sozialer Organisation und Weltanschauungen, die in Wirklichkeit längst an der tröstlichen Illusion gekratzt haben, die unseren Teil der Welt in dem Glauben hält, sich für das Ganze zu halten. Unfähig zur Selbstkritik und unfähig zuzugeben, dass auch andere Erfahrungen als die eigenen möglich sind, ist jene Weltregion, die sich immer noch als »die freie Welt« bezeichnet, vielmehr darum bemüht, ihre eigene Funktionslogik zu bekräftigen und jene eigentümliche politische und ideologische Infektion umzuschreiben, die von einem bestimmten Land, von einem bestimmten anderen auszugehen scheint.

Das ignorierte andere

Während die Pandemie die strukturellen Widersprüche der liberalen Gesellschaften, die in einer gesundheitlichen Notlage feststecken, schonungslos aufdeckte, hat sie zugleich die Merkmale eines ganz anderen Systems aufgezeigt. Auch wenn sich die Produktivkräfte seit Ende der 1970er Jahre rasant entwickelten, ist die Volksrepublik

China noch immer ein Entwicklungsland, das sich erst vollständig aus der Armut befreien muss. Doch trotz dieses Nachteils scheint es die Probleme, die das Virus mit sich bringt, besser bewältigt zu haben als unsere hypertechnisierten Länder. Um dieses Phänomen erklären zu können, wird man einige objektive Gründe bemühen müssen und weniger irgendwelche kulturellen oder psychologischen Eigenschaften östlicher Völker, auf die etwa der koreanisch-deutsche Philosoph Byung-Chul Han in reichlich stereotyper Manier verweist, wenn er die besondere konfuzianische Veranlagung der Chinesen zu Disziplin und Respekt vor Autoritäten und sogar zum Autoritarismus hervorhebt.

In kapitalistischen Staaten bedingen schon per definitionem sehr mächtige private Interessen politische Entscheidungen. Und auch unter den aktuellen Bedingungen haben die besitzenden Klassen eine zeitnahe und effiziente Bewältigung der Notlage verhindert, indem sie ihre Interessen in den Vordergrund stellten. Denken wir an die beträchtlichen Verzögerungen bei der Abriegelung von Gebieten mit großer industrieller Konzentration und damit von Kapital, um den Stillstand der Produktion in den Verwertungsprozessen so weit wie möglich abzuwehren. Oder denken wir generell an die Plünderung des Sozialstaats im Kontext einer jahrzehntelangen neoliberalen Politik, in deren Folge im Westen das Gesundheitswesen in großen Teilen privatisiert worden ist. In China hingegen ist die sozialistische Marktwirtschaft neben einer starken Präsenz des öffentlichen Eigentums immer noch von der Fähigkeit der Politik gekennzeichnet, die Wirtschaft zu steuern. Der Markt wird den strategischen Entscheidungen des Staates untergeordnet, um die Privatinitiative zu koordinieren und sie an die Interessen des Gemeinwohls anzupassen. Nicht spontane Reaktionen des Marktes sind hier maßgeblich, sondern eine rationale Planung. Die Epidemie hat also den strukturellen Vorteil einer Gesellschaft verdeutlicht, die zumindest einige Elemente des Sozialismus enthält und in der die politische Planung die Marktkräfte rigoros koordiniert und versucht, sie in den Dienst der Interessen der Mehrheit zu stellen.

Doch trotz dieses lehrreichen Szenarios sieht sich der Westen außerstande, sein eigenes Entwicklungsmodell zu überdenken, über das Verhältnis von Staat und Markt, von Partikular- und Allgemeininteressen nachzudenken, und ist nicht bereit, die Erfahrung des anderen anzuerkennen. Wir haben es hier mit einem Rationalitätsdefizit zu tun, mit einem ersten Beispiel für Irrationalismus. Gerade die Unfähigkeit, das andere zu reflektieren, hat die Erkenntnis der Realität behindert, hat verhindert, die notwendigen Vorkehrungen zu treffen und den Westen so einem selbstverschuldeten Risiko aufgrund von Sicherheitsgefühl und Zivilisationshybris ausgesetzt. Die Medienindustrie, aber auch viele Akteure und Intellektuelle haben unverzüglich reagiert. Sie errichteten eine Barriere, die jede Kontemplation und also jede Infragestellung der kapitalistischen Strukturen und des Primats des Marktes und der Privatinteressen verhindern sollte. Sie argumentierten, jeder Dialog mit dem

anderen, also mit China, gefährde die individuellen Freiheiten und brächte die liberalen Länder auf dem Weg in den autoritären Staat.

Die wichtigsten »Influencer« der öffentlichen Meinung beschäftigten sich also mit dem Aufbau eines neuen Feindbildes und setzten so den psychologischen und ideologischen Krieg fort, der bereits seit einiger Zeit im Gang war: dem Virus namens SARS-Cov-2 zu widerstehen, aber vor allem dem »China-Virus« und der Versuchung, die Notlage mit als despotisch angesehenen Maßnahmen zu lösen. Auf diese Weise wurde der traditionelle imperiale Universalismus, der das authentische Selbstbewusstsein des Westens ausmacht, erneut bekräftigt. Demzufolge fällt die Demokratie angeblich mit dem Schutz der individuellen Freiheiten zusammen. Und da sie die Tochter des westlichen Liberalismus ist, gibt es keine andere Form der Demokratie außerhalb der liberalen Demokratie der kapitalistischen Länder. In Wirklichkeit aber, wenn wir das zynische eugenische Management der Epidemie seitens der angelsächsischen Länder betrachten, die anfangs allen Ernstes auf eine Herdenimmunität setzten, aber auch generell die dramatische und weiter wachsende Ungleichheit in allen europäischen Ländern, schien der Westen nicht besonders rational oder konsequent in der Achtung seiner Menschenrechte zu sein.

Ausschließender Universalismus

Die gesamte Geschichte der liberalen Gesellschaften zeigt im übrigen, dass die angebliche liberale Differenz im Vergleich zu einem unterstellten Autoritarismus gar nicht so entscheidend ist, da auch der Liberalismus im Falle eines Ausnahmezustands immer wieder den Despotismus theoretisch in Erwägung gezogen hat und unter Missachtung gesetzlich festgelegter Rechte selbstverständlich auch praktiziert hat. Anders als üblicherweise angenommen, ist der Liberalismus tatsächlich keine Theorie der Begrenzung der Macht oder eine Theorie der individuellen Freiheit, sondern in erster Linie ein Dispositiv, eine Beschwörungsformel, die Emanzipation und Deemanzipation produziert und dabei einen heiligen Raum der Freiheit, einen Kreis der Demokratie umreißt, der nur die Eigenen als gleich anerkennt, aber jene Gruppen oder Völker ausschließt, die nicht als solche anerkannt werden, wie Domenico Losurdo das formulierte. Trotzdem verteidigt der Westen weiterhin seine demokratische Exzeptionalität und versucht, sie vor jedem Schatten des Autoritarismus zu bewahren, ohne sich für andere Formen der Verwaltung von Massengesellschaften, ohne sich für den Versuch Chinas zu interessieren, eine Form der sozialistischen Demokratie aufzubauen. Eine Möglichkeit, die aufgrund des Dogmas von Einzigartigkeit der westlichen Demokratie a priori geleugnet wird, und dies, obwohl Chinas umfassende Bemühungen, den Wohlfahrtsstaat auszubauen, der Beachtung wert wären.

Die Metapher vom »China-Virus« als »kommunistischem Virus« erinnert an Alexis de

Tocqueville, der im 19. Jahrhundert die Ausbreitung der Revolution in Europa auf psychopathologische Gründe zurückführte und von Klassenkampf nichts wissen wollte. Ein solcher Exorzismus wird also in der gegenwärtigen kulturellen und philosophischen Debatte betrieben, die ihre Selbstbezüglichkeit eines kapitalistischen Selbstbewusstseins allenfalls in Formen eines abstrakten und unmittelbaren Universalismus überführt: Die westlichen Interessen werden zu Interessen der gesamten Welt erklärt. Das ist eine Universalität, die die Wahrheit nicht anerkennt, eine Rationalität, die nicht in der Lage ist, die Totalität zu erfassen, und der Wirklichkeit feindlich gegenübersteht.

Der bekannte italienische Philosoph Giorgio Agamben, der als feinsinniger, aber schonungsloser Kritiker der neoliberalen Gesellschaften gilt, hat das in der Pandemie ausgeübte »biopolitische« Management der liberaldemokratischen Regierungen von Anfang an als künstlich konstruiertes Hilfsmittel kritisiert, mit dem die Zivilgesellschaft reguliert und ihre anarchischen Energien, gegen jede übergeordnete Macht zu rebellieren, unterdrückt werden solle. Unter Bezugnahme auf sein Hauptwerk »Homo sacer« behauptet er die Unantastbarkeit der individuellen Freiheiten und prangert mit apokalyptischen Tönen den angeblichen Versuch an, die freie und persönliche Wahl der Lebensführung auf das »nackte Überleben« zusammenzukürzen. Auf einen Zustand der Unterwerfung wolle die Macht uns reduzieren, indem sie das Recht auf Geselligkeit negiert und den Reichtum der emotionalen Beziehungen auslöscht. Kurzum: »Sie wollen uns alle zu Chinesen machen«, findet die Philosophin Donatella Di Cesare, langjährige Vizepräsidentin der Heidegger-Gesellschaft – und auch Agamben.

Christian-Ditsch.de

Agambens Aufforderung zur anarchistischen Rebellion des Subjekts gegen eine alles durchdringende, bössartige und mit dem Staat identifizierte Macht überzeugt nicht. Und zwar deshalb, weil diese zwar in der Rede vorgibt, sich an Niedrigsten, Schwächsten und am meisten Unterdrückten zu wenden, in Ton und Argument aber mit dem Gerede der Bosse übereinstimmt, die sich ebenfalls über die übermäßige Einmischung der staatlichen Institutionen in die Freiheit der herrschenden Klassen ärgern. Ein merkwürdiges Phänomen, das sich auch bei Di Cesare beobachten lässt. Sie stellt den modernen Staat, verantwortlich für den Lockdown und Schöpfer einer wahrhaft immunisierten, auf den Fundamenten der »Phobokratie« (einer auf Angst beruhenden Herrschaft) und der negativen Freiheit gegründeten Demokratie, einer wirklich demokratischen Natur gegenüber, wie sie der antike griechische Staat verkörpert habe. Während der moderne Staat eine unpersönliche Maschine sei, die die Individuen voneinander isoliert und sie atomistisch in ihr Privatleben ein- und sie von jeglicher Geselligkeit und Partizipation ausschließt, sei der griechische Staat hingegen ganz unmittelbar »Communitas« gewesen, die aktive Teilnahme am

politischen Leben, die Ausübung einer positiven und konstruktiven Freiheit ermöglicht habe.

Auch in dieser faszinierenden Argumentation lässt sich Bekanntes wiederfinden. Sie erinnert an Nietzsches Feldzug gegen den Vormarsch des Hegel'schen Staates, verstanden als zentralisierter und bürokratischer Apparat. Ein Apparat, der den Übermenschen, das Ausnahmeindividuum, das Genie niederhält und der Masse gleichstellt. Das heißt, in Wahrheit ein Apparat, der die Partikularinteressen der aristokratisch-bürgerlich herrschenden Klassen dem Prinzip der Universalität des Gesetzes unterwirft und ihre Privilegien durch die Demokratisierung der Gesellschaft in Frage stellt, beginnend mit der Verbreitung der öffentlichen Bildung und der Erweiterung des Wahlrechtes.

Agambens libertäre Kritik des Neoliberalismus konvergiert mit dem Neoliberalismus selbst. Sein absoluter Menschenrechtsfetischismus, der ihn in der Vergangenheit bereits dazu gebracht hat, Migranten das »Jus soli« abzusprechen, kippt in ein Bekenntnis zum Heroismus und zum schönen Tod. Dabei wird im Namen der »Selbstheilung« die Tatsache ignoriert, dass auch die »Communitas« die Fürsorge und den Lebensschutz für andere vorsieht, insbesondere dann, wenn sie schwächer, alt oder krank sind. Diese Kritik der Macht erweist sich, um einen Begriff von Lenin zu verwenden, als eine postmoderne Form des »Adelsanarchismus«: eine Distinktionshaltung, in der das typisch kriegerische Ethos jenes Selbstbewusstseins anklingt, das in Hegels »Phänomenologie des Geistes« seine Überlegenheit durch die Bereitschaft beweist, sein Leben zu riskieren, und den feigen Knecht in seiner Todesangst verachtet.

Diese metaphysische und unbestimmte Auffassung von der Macht, die demgemäß immer repressiv ist, sofern sie die Macht des Staates bedeutet, übersieht, dass es gar keinen binären Konflikt zwischen der absoluten Freiheit der Zivilgesellschaft bzw. des Individuums und der Autorität der Institutionen gibt, sondern dass in Wirklichkeit multiple Konflikte zwischen verschiedenen Freiheiten existieren. Dieser Menschenrechtskultus kann folglich nicht erkennen, dass die Macht schon in der Zivilgesellschaft, vor dem Staat also entsteht; und kann daher ebenso wenig den Umgang der staatlichen Institutionen mit den Klassen sowie die sozialen und politischen Kräfteverhältnisse erkennen, von denen dieser Umgang abhängt. Eine solche Denunziation der etatistischen und autoritären Tendenzen, insofern der Staat mit dem Ursprung allen Übels identifiziert wird, macht es unmöglich, an eine neue Gesellschaftsordnung, an ein anderes Verhältnis von Politik und Wirtschaft, von Staat und Zivilgesellschaft zu denken. Indem der permanente Ausnahmezustand zum grundlegenden Paradigma der zeitgenössischen Gouvernamentalität überhöht wird, bleibt die langwierige neoliberale Verheerung der modernen Demokratie unausgesprochen, werden die wahren Gründe verschleiert: Wir wissen, dass sich die

Auswirkungen der Pandemie infolge der vorangegangenen Sozialstaatszertrümmerung verschlimmert haben, und insofern hat nicht das Virus als solches den Ausnahmezustand hervorgebracht, sondern die Enteignung des Staates durch die herrschenden Klassen, die noch stets verlangt haben, sämtliche öffentliche Interventionen soweit wie möglich zu begrenzen.

Schlachtfeld Staat

Andere – von Jean-Luc Nancy bis Jürgen Habermas, von Noam Chomsky bis Étienne Balibar – haben derweil zu einem Paradigmenwechsel aufgerufen, um dem noch immer vorherrschenden Neoliberalismus ein Ende zu setzen und die Ökonomie dem Primat der Politik zu unterwerfen. Das ist Ausdruck einer Hoffnung auf eine Rückführung der egoistischen Interessen auf das allgemeine Interesse, garantiert von der universellen Form der staatlichen Institutionen. Das ist indessen kein einfaches Ziel. Es besteht das Risiko, dass diese Veränderungen zu einer weiteren Konzentration der Macht führen, und zwar im Interesse der herrschenden Klasse. Es ginge in diesem Zusammenhang nicht bloß um die Schwächen der modernen Demokratie, sondern darum, diese Demokratie in Richtung einer postdemokratischen neuen Form zu überwinden.

Auch wenn die Diagnose von Agamben und anderen nicht zutreffend ist, wonach die autoritäre Postdemokratie Züge eines neobonapartistischen Staates annehmen kann, oder aber der Staat gleichsam neofeudal in eine Pluralität zufälliger partikularer Mächte zerfällt: Dialektisches Denken darf die Elemente der Wahrheit darin nicht ignorieren. Denn die Risiken eines Dirigismus sind nicht zu verkennen, wie sich etwa an den Versuchen zeigt, das Bildungssystem völlig umzukrempeln, um damit die Kontrolle über Arbeit und Denken zu verschärfen. In dieser Hinsicht hat Agamben, das sollte immerhin anerkannt werden, sicher recht.

Die von vielen erhoffte Rückkehr des starken Staates ist daher nicht weniger ambivalent als die permanente Anrufung der Freiheit. Auch sie kann als ein Symptom für den Irrationalismus angesehen werden. Der Staat ist nicht notwendigerweise der Rächer der Unterdrückten, sondern eher ein Schlachtfeld, das dem Kräfteverhältnis in einem permanenten Konflikt zwischen verschiedenen Interessen und Zielen ausgesetzt ist. Der Staat kann eine Macht und Autorität sein, die den Schutz all seiner Angehörigen allgemein garantiert; er kann bloßer Autoritarismus sein, mit dem die Anerkannten sich gegenseitig schützen, indem sie ihre Macht zum Nachteil derer verstärken, die nicht anerkannt sind. Er kann eine modern gewordene Demokratie sein, die von der Idee der Gleichheit ausgeht, er kann auch eine Postdemokratie sein, die sich der Elemente der Modernität und also auch der Universalität entledigt hat und in welcher der moderne Staat auf jede relative Autonomie seiner eigenen Macht verzichtet hat, um sich darauf zu

beschränken, die Hierarchie der Klassen zu verhüllen.

Die Forderung nach einer Wiederkehr des starken Staates ist also zweideutig. Je nachdem, wer die Hegemonie ausübt, kann diese Rückkehr einen Staat bedeuten, der Reichtum, Macht und Anerkennung umverteilt, oder einen, der autoritär agiert. Diese Möglichkeit hat aber nichts mit der befürchteten »chinesischen« Infektion zu tun. Sie würde vielmehr die Dynamik der Machtkonzentration, die gerade im liberalen Westen schon lange zu beobachten ist, explizit machen: Tendenzen zu Formen des politischen Kapitalismus, aber auch Tendenzen zu einem vordemokratischen Liberalismus, einem authentischen Liberalismus, der des universalistischen Idealismus entkleidet ist, die Staatstätigkeit auf reine Polizeifunktionen reduziert und auf zwischenstaatlicher Ebene absoluten Partikularismus bedeutet.

Wir schreiten durch äußerst heikle Zeiten. Angesichts der gegenwärtigen ideologischen Verwirrung ist es nicht leicht einzusehen, was rechts, was links ist, welche Rolle die staatlichen Institutionen spielen, welche Bedeutung ihre Entscheidungen haben, wo Emanzipation beginnt und wo ihr Gegenteil.